

schulnotizen

Positionen zu Schule, Bildung und Gesellschaft

Sozialistischer Lehrer*innen Verein: Römerstraße 14, 6900 Bregenz

Stopp Cybermobbing!

Loser!
Versager!
Niemand mag dich!
Du bist hässlich!
Geh weg!
#NoLife
Du bist so peinlich!

HILF BETROFFENEN!
Sei nicht still.

SPRICH DARÜBER!
Mit Freunden, Familie oder Lehrern.

MELDE & BLOCKIERE!
Nutze die Funktionen und zeig Haltung.

RESPEKT STATT HASS!
Jeder verdient Respekt – online & offline.

DU KANNST ETWAS BEWEGEN!

- EU-Plan gegen Cybermobbing und Nacktheits-App
- Lehrpersonen als Systemerhalter
- Weitere Reform der Lehrer:innen-Ausbildung
- Ferienregelung für Lehrer:innen im PD

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ohne Ressourcen keine Lösungen: Warum Schulen an Grenzen stoßen

„Wir sehen [...] immer mehr überforderte, hilflose, teils erziehungsincompetente und konfliktvermeidende Eltern“, stellt die Psychiaterin Jutta Leth in einem Interview mit „Die Presse“ fest. Gleichzeitig betont sie: „Kinder und Jugendliche brauchen Strukturen.“ Fehlen diese, werden Defizite oft erst im schulischen Alltag sichtbar.

Damit bestätigt das Interview eine Entwicklung, die viele Kolleg*innen seit Jahren beobachten: Die psychischen Belastungen von Kindern und Jugendlichen nehmen zu, während Eltern häufig an ihre Grenzen stoßen. Gleichzeitig arbeiten auch viele Lehrpersonen an der Belastungsgrenze. Respektlosigkeit, Gewaltvorfälle und Vandalismus stellen Schulen vor große Herausforderungen.

Viele Kolleg*innen erleben einen schwierigen Spagat: Sie tragen Verantwortung für Sicherheit, klare Regeln und ein funktionierendes Lernklima, während ihre Handlungsmöglichkeiten rechtlich begrenzt sind. Gerade in angespannten Situationen bleibt wenig Spielraum.

Die Anforderungen an Schulen wachsen stetig, ohne dass personelle und strukturelle Ressourcen entsprechend angepasst werden. Lehrpersonen übernehmen immer mehr Aufgaben über den Bildungsauftrag hinaus. Gleichzeitig nehmen Konflikte mit Eltern zu, und pädagogische Entscheidungen werden häufiger rechtlich infrage gestellt.

Jutta Leth weist darauf hin, dass Kinder lernen müssen, „dass man sich vieles im Leben Schritt für Schritt erarbeiten muss“. Schule kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten, gesellschaftliche Entwicklungen und familiäre Defizite jedoch nicht allein ausgleichen.

Umso wichtiger sind Rahmenbedingungen, die Schulen stärken: mehr Schulsozialarbeit, bessere schulpsychologische Unterstützung, ausreichende personelle Ressourcen, wirksame Hilfe in Krisensituationen und klare rechtliche Instrumente zum Schutz von Lehrpersonen sowie Schülerinnen und Schülern.

Die Verantwortung dafür liegt nicht bei den einzelnen Schulen, sondern bei den politischen Entscheidungsträgern. Dafür setze ich mich gemeinsam mit meinem Team in der Personalvertretung weiterhin ein.

Ich wünsche euch alles Gute für die letzten Schulwochen.
Euer Alexander Frick

- 3 **Kommentar der Bildungssprecherinnen**
- 4 **Alexanders Rampenlicht**
- 5 **Der richtige Zeitpunkt für grundlegende Reformen**
- 6 **EU gegen Cybermobbing und Nacktheits-App**
- 7 **Lehrer:innen subventionieren das Schulsystem**
- 8 **Supervision im Lehrberuf**
- 9 **Aus dem Konferenzzimmer**
- 10 **Schuljahr-Abschluss: Eine Fahrt ins Blaue**
- 11 **Ferienregelung für Lehrpersonen im PD**
- 12 **Reform des Lehramtsstudiums**
- 14 **Bundestag der GÖD-Bundesleitung**
- 15 **Problem Direktions-Besetzung**
- 16 **Bericht Lehrer:innenreise Ägypten**
- 18 **Europa erleben für Unterstufen**

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Sozialistischer Lehrer*innenverein Vorarlberg,
Vorsitzende: Saskia Moritsch, Rauhenweg
28/2, 6800 Feldkirch

Verantwortlicher Redakteur:
Alexander Frick

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:
Manuela Auer, Franz Bickel, Doris dall'Armi,
Carina Eberhard, Julia Fend, Sarah Fixl, Eva
Hammerer, Hannes Heide, Inge Mennel,
Elisabeth Ostermann, Willi Witzemann,

Layout: Franz Bickel

Die **schulnotizen** sind ein Diskussionsorgan.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen
nicht vollinhaltlich der Blattlinie bzw. der Mei-
nung der Freien Lehrer*innen entsprechen.

E-Mail: schulnotizen@hotmail.com
Homepage: www.freielehrer.at
Facebook: Freie Lehrer*innen



Gute Bildung braucht gute Arbeitsbedingungen

Manuela Auer, LAbg. und Bildungssprecherin der SPÖ
(manuela.auer@spoe.at)

Unsere Lehrkräfte stehen vor immensen Herausforderungen. Das Aufgabenfeld hat sich mal schleichend, mal offensiv erweitert und die Vermittlung des Unterrichtsstoffs ist nur noch zu einem Teil des Berufsalltags geworden. Ob die Begleitung von Kindern und Jugendlichen durch soziale Konflikte, psychische Belastungen oder familiäre Krisen – das alles verlangt die Hingabe des Lehrpersonals. In Kombination mit einem sich zuspitzenden Personalmangel und steigenden gesellschaftlichen Anforderungen ist der Druck auf das Lehrpersonal deutlich mehr geworden. Genau deshalb braucht es endlich die Umsetzung längst fälliger Reformen: Personal, das dem gemeldeten Bedarf entspricht, und eine Personalstruktur, die Sabbaticals, Krankenständen und künftigen Pensionierungen resilient gegenübersteht.

Dazu gehören funktionierende Gesundheitsteams mit ausreichend Schulsozialarbeit, psychologischem und therapeutischem Fachpersonal sowie dringend benötigte Assistenz- und Lehrkräfte. In all diesen Bereichen steigt der Bedarf. Stellen bleiben aber entweder unbesetzt, weil der Schuldienst für viele weniger attraktiv ist oder der nachgewiesene Bedarf nicht bewilligt wird. Die Arbeitsbedingungen für das Lehrpersonal spitzen sich zu und gesundheitliche Folgen verlangen dementsprechend nach längeren Erholungsphasen.

Besonders unverständlich ist, dass in dieser sich zuspitzenden Situation Sabbaticals praktisch nicht mehr bewilligt werden. Diese zeitlich begrenzten Auszeiten wären für viele eine entscheidende Chance, langfristig gesund im Beruf zu bleiben. Die Auswirkungen dieses „Verbots“? Der Versuch, die Stunden zu kürzen oder das Verlassen des Schuldienstes als letzter Ausweg. Diese Situation ist das Ergebnis politischer Fehlentscheidungen, die sich unser Bildungssystem nicht mehr länger leisten kann.

Wenn wir wollen, dass Lehrkräfte länger im Beruf bleiben und mit Freude unterrichten, müssen wir die Rahmenbedingungen endlich verbessern: administrative Entlastung, echte Unterstützung im Schulalltag und einen ernstgemeinten Fokus auf eine nachhaltig gesunde Arbeitsumgebung.



BM Wiederkehrs Vorstoß

Eva Hammerer, LAbg. und Bildungssprecherin der Grünen
(eva.hammerer@gruene.at)

Bildungsminister Wiederkehr möchte die Volksschule auf 6 Jahre verlängern. Ein dementsprechender Antrag der Vorarlberger Neos wird auch in Vorarlberg im nächsten Landtag diskutiert werden.

Unsere Kinder, Volksschullehrer:innen sowie Eltern können ein Lied davon singen, wie schmerzlich nach der 4. Klasse Freundschaften auseinander gerissen und Kinder Monate zuvor unter Druck gesetzt werden, es in ein Gymnasium schaffen zu müssen – auch für die Lehrer:innen eine Druck- und Stresssituation.

Österreich ist eines der Länder mit der frühesten Trennung bereits mit 10 Jahren – Bildungswissenschaftler:innen kritisieren dies schon lange. In Vorarlberg haben sich daher vor längerer Zeit vorausschauende Politiker:innen, Pädagog:innen und engagierte Eltern auf einen mutigen Weg gemacht und sich wissenschaftlich mit der Frage: „Welches Bildungssystem bringt sowohl die besten Leistungen als auch die größten Chancen für alle Kinder hervor?“ auseinandergesetzt.

Dieses fundierte Forschungsprojekt lieferte ein eindeutiges Ergebnis: Die Gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen ist sowohl das leistungsstärkste als auch das chancengerechteste System (wohlgemerkt, wenn es gut gemacht ist).

So klar das Ergebnis war, es war trotzdem nur der erste Schritt – der Weg zur Umsetzung ist ein steiler und steiniger. Viel Überzeugungsarbeit und Bewusstseinsbildung muss geleistet werden, Eltern Ängste genommen, Bedenken von Lehrer:innen, es komme noch mehr Belastung auf sie zu, müssten ausgeräumt werden. Sie kämpfen derzeit um den Erhalt des Status Quo.

Denn die Politik im Lande hat sich leider um 180 Grad gedreht. Vorausschauende Bildungspolitik ist eindeutig passe: Anstatt eindeutige wissenschaftliche Ergebnisse ernsthaft und mutig politisch umzusetzen, ist Stillstand angesagt.

Schlimmer als Stillstand: Schwarzblau liebäugelt mit schwarzer Pädagogik. Herabsetzung der Strafmündigkeit, Strafen für Eltern, die es nicht ausreichend schaffen, ihren Kindern Deutsch beizubringen – trotz klarem Widerspruch der Fachleute, die eindringlich mahnen, dass solche Maßnahmen keinen Erfolg bringen. Daneben werden hilfreiche Förderungen für Projekte wie Schultheater gestrichen und Assistenzstunden gekürzt.

Die Bildungspolitik im Lande ist zu reiner Symbolpolitik auf dem Rücken derer, die es eh schon schwer genug haben, verkommen.

Da ist der Vorstoß des Bildungsministers ein feiner Lichtstreif am Horizont - und obwohl wieder nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, aus meiner Sicht aber jedenfalls zu begrüßen. Jedes Jahr spätere Trennung bringt ein Jahr gemeinsame Bildung, spätere Wegentscheidung und längere Freundschaften mehr. Und stärkt das Vertrauen aller in die Chancen, die in der Gemeinsamen Schule schlummern.



Fokus Pflichtschule

Alexander Frick, ZA-Vorsitzender (alex.frick@gmx.at)

Die jüngsten Zahlen des Bildungsministeriums wirken auf den ersten Blick erfreulich. Tausende Bewerbungen auf offene Lehrer:innenstellen lassen vermuten, dass sich die Situation entspannt. Doch dieser Eindruck trügt, vor allem dann, wenn man genauer auf den Pflichtschulbereich blickt. Gerade hier zeigt sich die Realität besonders deutlich.

In Vorarlberg müssen für das kommende Schuljahr wieder sehr viele Stellen neu besetzt werden. Der überwiegende Teil davon entfällt auf die Pflichtschulen. Das zeigt klar, wo der Druck im System am größten ist.

Ich begrüße ausdrücklich, dass Maßnahmen gesetzt werden, um mehr Menschen für den Lehrerberuf zu gewinnen. Kampagnen und gezielte Ansprache sind wichtige Schritte. Dennoch reicht das alleine nicht aus. Denn das Problem liegt nicht nur darin, genügend Bewerbungen zu erhalten, sondern vor allem darin, passende Lehrpersonen genau dort zu bekommen, wo sie gebraucht werden – und das ist in erster Linie die Pflichtschule.

„Ein Problem ist, die passenden Lehrpersonen genau dort zu bekommen, wo sie gebraucht werden.“

Gerade an Pflichtschulen leisten Lehrerinnen und Lehrer tagtäglich enorm viel. Sie arbeiten mit Kindern und Jugendlichen unterschiedlichster sozialer, sprachlicher und kultureller Hintergründe. Die Klassen sind deutlich heterogener als im AHS-Bereich. Viele Lehrpersonen müssen gleichzeitig auf unterschiedliche Leistungsniveaus, Sprachdefizite, Integrationsfragen, Verhaltensauffälligkeiten und zunehmende so-

ziale Herausforderungen eingehen. Während in höheren Schulen vielfach stärker leistungsselektierte Gruppen unterrichtet werden, tragen Pflichtschulen die gesamte gesellschaftliche Vielfalt. Genau dort entscheidet sich aber, ob Bildungsgerechtigkeit gelingt.

Diese Arbeit verlangt nicht nur fachliche Kompetenz, sondern auch enorme pädagogische Stärke, Belastbarkeit und persönliches Engagement. Dass gerade im Pflichtschulbereich besonders viele Stellen neu besetzt werden müssen, zeigt deutlich, wie groß die Herausforderungen mittlerweile geworden sind.

Zugleich zeigt sich ein bekanntes Muster: Bewerbungen sagen wenig über die tatsächliche Besetzbarkeit aus. Viele Personen bewerben sich mehrfach, andere erfüllen die Anforderungen nicht vollständig oder stehen regional nicht zur Verfügung. Auf dem Papier wirkt die Lage daher oft besser, als sie in den Schulen tatsächlich ist.

Ich sehe einen weiteren zentralen Punkt, der in der Diskussion zu wenig Beachtung findet: das gesellschaftliche Bild des Lehrer:innenberufs.

Gerade im Pflichtschulbereich ist die Arbeit besonders anspruchsvoll und gleichzeitig zunehmend von Erwartungen, Kritik und Druck geprägt. Viele Lehrpersonen erleben, dass ihre Arbeit für selbstverständlich genommen wird, während die Herausforderungen ständig wachsen. Wenn Lehrerinnen und Lehrer das Gefühl haben, zu wenig Rückhalt zu bekommen, wirkt sich das nicht nur auf die Zufriedenheit aus, sondern auch auf die Attraktivität des Berufs insgesamt.

Das hat konkrete Folgen. Erfahrene Lehrkräfte reduzieren ihre Stunden, junge steigen früh wieder aus oder entscheiden sich sogar gegen den Beruf. Gleichzeitig müssen bestehende Teams immer häufiger zusätzliche Aufgaben übernehmen, um den Unterricht aufrechtzuerhalten. Ich höre immer wieder, dass viele Kolleginnen und Kollegen an ihre Belastungsgrenzen kommen. Gerade in den Pflichtschulen ist das besonders spürbar, weil dort die höheren pädagogischen, sozialen und organisatorischen Anforderungen gleichzeitig zusammentreffen.

„Deshalb stellt sich nicht nur die Frage, wie viele Stellen ausgeschrieben sind, sondern wie attraktiv die tägliche Arbeit ist.“

Deshalb stellt sich nicht nur die Frage, wie viele Stellen ausgeschrieben sind, sondern wie attraktiv die tägliche Arbeit tatsächlich ist.

Denn langfristig wird sich der Lehrer:innenmangel nicht durch Kampagnen lösen lassen, sondern nur durch spürbare Verbesserungen im Arbeitsalltag. Es geht darum, Lehrpersonen zu entlasten, ihnen den nötigen Rückhalt zu geben und die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie ihren Beruf gerne, professionell und nachhaltig ausüben können.

Die hohe Zahl offener Stellen – insbesondere im Pflichtschulbereich – zeigt deutlich, dass der Handlungsbedarf weiterhin groß ist.

Am Ende entscheidet nicht die Statistik darüber, ob das Bildungssystem funktioniert, sondern die Realität in den Klassenzimmern. Und genau dort braucht es ausreichend gut unterstützte Lehrpersonen.



„Window of opportunity“ oder „Wann, wenn nicht jetzt?“

Bernd Dragosits, Ingjähriger Volksschulleiter im Ruhestand (bernd.dragosits@gmx.net)

Der Rückgang der Geburtenzahlen ist erst einmal ein statistisches Faktum. In zweiter Linie bietet er eine einmalige Chance zu massiven pädagogischen Verbesserungen.

Seit vielen Jahren fordern Praktiker:innen im Schulbereich eine Doppelbesetzung in der Grundstufe I, den ersten zwei Jahren der Volksschule, um den stetig gestiegenen Anforderungen endlich halbwegs gerecht werden zu können.

WARUM DAS?

Es zeigt sich, dass immer mehr Kinder mit Entwicklungsrückständen sprachlicher, emotionaler oder kognitiver Art einschulen. Die Diskussion darüber ist nicht nur auf Österreich beschränkt. In nahezu allen europäischen Ländern beobachtet man die gleiche Problematik.

„Die Anzahl der nicht schulreifen Kinder und der außerordentlichen Schüler:innen ist so hoch wie nie.“

Die Anzahl der nicht schulreifen Kinder und der außerordentlichen Schüler:innen ist so hoch wie nie. Wer schon einmal in einer ersten Klasse mit 23 - 25 Erstklässlern unterrichtet hat, weiß, was das bedeutet.

MASSIVE AUSWIRKUNGEN

Die Lehrpersonen verwalten den Mangel. Man ist immer hin- und hergerissen zwischen den auffälligsten, betreuungsaufwendigsten Kindern und denen, die ebenso ein Recht auf Zuwendung und Zeit haben. Niemand kann dem alleine gerecht werden. Wer etwas anderes sagt, weiß nicht, wovon er spricht.

Hier eine unvollständige Aufzählung von auftretenden Problembereichen, damit man sich eine Vorstellung machen kann: AVWS, ADHS, alle Formen von frühkindlichem Autismus, fehlende Sprachkenntnisse, fehlende Grundsozialisierung, massive Verhaltensauffälligkeiten, fehlen-

de Gruppenfähigkeit, Unselbständigkeit bei den grundlegendsten Fertigkeiten (Anziehen, Ausziehen, sich orientieren, ...), Tragen von Windeln usw.

WAS GESCHAH BISHER?

Eindeutig zuwenig! Warum das so ist, ist auch klar. Einmal liegt es an fehlender Einsicht auf politischer Ebene und dann am großen Personalmangel.

Dem Personalmangel wurde durch Werbemaßnahmen und die Einbeziehung von Quereinsteigern sowie der Anstellung von Schulassistenten versucht entgegenzuwirken. Das ist zum Teil auch geglückt. Wenn nun die Schülerzahlen bald stark sinken, dann geht es darum, das gewonnene Zusatzpersonal nicht zu verlieren.

WAS IST ZU TUN?

Der Geburtenrückgang der nächsten Jahre bietet endlich die Möglichkeit, pädagogisch auf die belegten Probleme zu reagieren und allen – den Kindern und den Lehrpersonen – eine tolle Lösung zu bieten.

- Der Idealfall wäre zwei ausgebildete Lehrkräfte in permanentem Teamteaching in der GS I.
- Teamteaching in den Mittelschulen ist seit vielen Jahren eine bewährte Methode, um besser differenzieren zu können.
- Die zweitbeste Lösung wäre eine Lehrperson, begleitet von einer Schulassistentin.

Keine Lösung wäre es, wenn die zu-

ständigen Politiker:innen das Personal einsparen. Dies wäre nicht nur kurzsichtig, sondern aus meiner Sicht sogar fahrlässig!

WER IST AM ZUG?

Minister Wiederkehr hat es in der Hand, die richtigen Schlüsse zu ziehen und sich in der Koalition darauf vorzubereiten, um ein reines Einsparen auf dem Rücken der Kinder, der zukünftigen Generation, zu verhindern.

WER IST IN ERSTER LINIE GEFORDERT?

Die Bildungsdirektion sowie die Gewerkschaft und die Personalvertretung sind gemeinsam mit Direktor:innen, Lehrer:innen, den Eltern, dem Landeselternverband, der Wirtschaftskammer und vielen anderen massiv gefordert, um diese Sichtweise klar und transparent an die Politik, aber auch in die öffentliche Meinung zu tragen. Es ist noch Zeit genug, um dieses – aus meiner Sicht – wichtigste bildungspolitische Projekt zu planen, voranzutreiben und sich dafür zu vernetzen. Lassen wir diese einmalige Chance nicht verstreichen!

**Freie
Lehrer:innen**

FSG / Unabhängige / SLV / VLI



EU-Aktionsplan gegen Cybermobbing und Nacktheits-Apps

Hannes Heide, SPÖ-Europaabgeordneter, Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung

Cybermobbing ist längst kein Randphänomen mehr, sondern eine der drängendsten Herausforderungen im digitalen Alltag von Kindern und Jugendlichen. Studien zufolge ist jedes sechste Kind im Alter von elf bis fünfzehn Jahren bereits Opfer von Cybermobbing geworden und jedes achte Kind gibt an, selbst schon einmal andere online gemobbt zu haben. Beleidigungen, Bloßstellungen, Gerüchte oder manipulierte Bilder verbreiten sich über soziale Netzwerke rasend schnell und sind kaum mehr einzufangen. Die Folgen für die Betroffenen sind oft schwerwiegend und reichen von sozialem Rückzug bis hin zu ernsthaften psychischen Belastungen.

Verbot von Nacktheits-Apps

Besonders alarmierend ist, wie rasant sich neue Technologien für Missbrauch einsetzen lassen. Deepfakes und sogenannte „Nudifier“-Apps erzeugen mithilfe Künstlicher Intelligenz täuschend echte Aufnahmen realer Personen in fremdem Kontext, damit der Eindruck entsteht, sie hätten etwas gesagt oder getan, das in Wirklichkeit nie stattgefunden hat. Häufig handelt es sich dabei um sexualisierte Bilder. Doch die Tage der Nacktheits-Apps, wie dem auf Twitter (X) verfügbaren KI-Bot Grok, sind gezählt. Das Europäische Parlament hat im Mai ein Verbot beschlossen, das den KI-Anbietern bis Dezember Zeit gibt, ihre Systeme zu ändern, um die Erstellung sexualisierter Inhalte auszuschließen. Gleichzeitig tritt eine Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Bilder, Texte, Videos und Musik in Kraft.



Fälle melden, Beweise sichern

Ein weiterer zentraler Bestandteil des Aktionsplans gegen Cybermobbing ist die Entwicklung einer EU-weiten App, über die Betroffene Cybermobbing an eine nationale Hotline melden und Beweise speichern und weiterleiten können. Gerade für Kinder und Jugendliche ist es entscheidend, rasch und unkompliziert Hilfe zu erhalten. Ebenso wichtig ist, dass Plattformen stärker in die Verantwortung genommen werden. Der Digital Services Act verpflichtet große Online-Plattformen bereits zu besonderen Schutzmaßnahmen für Minderjährige. Ein Update soll Plattformen stärker in die Pflicht nehmen, leicht zugängliche Meldefunktionen und wirksame Schutzmechanismen gegen schädliche Inhalte zu entwickeln.

Nicht nur das Problem der Eltern

Bei digitaler Gewalt kommt den Eltern eine zentrale Rolle zu, oft sind sie die ersten Ansprechpartner für ihre Kinder, um Unterstützung zu erhalten. Doch Cybermobbing ist kein privates Problem einzelner Familien und keine Herausforderung, die von den Eltern allein gelöst werden kann, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wirksamer Schutz gelingt nur, wenn Eltern, Schulen, Beratungsstellen, psychologische Fachkräfte, Plattformbetreiber

und politische Entscheidungsträger gemeinsam Verantwortung übernehmen. Mit dem neuen Aktionsplan gegen Cybermobbing legt die Europäische Kommission ein umfassendes Maßnahmenpaket vor, das Kinder und Jugendliche besser schützen und ihre psychische Gesundheit stärken soll. Außerdem setzt sich das Europäische Parlament dafür ein, Cybermobbing als Straftat auf EU-Ebene anzuerkennen.

Prävention in der Schule

Ein wichtiger Bestandteil der Prävention beginnt in der Schule. Ich setze mich im Bildungsausschuss seit Langem für einen Plan ein, der digitale Kompetenz und Online-Sicherheit als einen verbindlichen Bestandteil des Unterrichts definiert. Kinder und Jugendliche sollen lernen, wie sie respektvoll miteinander umgehen, Risiken erkennen und sich im Ernstfall Hilfe holen können. Unterstützung erhalten Schulen und Eltern dabei unter anderem über die „Safer Internet“-Zentren und die Plattform „Better Internet for Kids“. Im Vorjahr nutzten rund 48 Millionen europäische Bürgerinnen und Bürger den Zugang zu Schulungen, Informationsmaterialien und Beratungsangeboten.

Am politischen Prozess beteiligt

Besonders positiv ist, junge Menschen bei der Ausarbeitung des Aktionsplans gegen Cybermobbing aktiv einzubinden. Es ist eine der ersten Initiativen, bei dem der „Youth Check“ angewendet wurde, mit dem potenzielle Auswirkungen von EU-Beschlüssen auf junge Menschen untersucht werden. Daran beteiligt sind Jugendorganisationen, nationale Jugendräte und Wissenschaftler. Die Initiative entstand als Reaktion auf die Pandemie und den Wunsch, Jugendperspektiven dauerhaft in die Politik zu integrieren.

Wie Österreichs Lehrkräfte das Schulsystem subventionieren

Sarah Fixl, BA Redaktion Sonderthemen, Salzburger Nachrichten



Vom Arbeitsheft bis zum Laptop: Laut einer Erhebung der Linzer Johannes-Kepler-Universität (JKU) stützen 99 Prozent der österreichischen Lehrerinnen und Lehrer den Schulbetrieb mit ihrem privaten Geld.

Private Ausgaben für den Unterricht sind im österreichischen Schulwesen weit verbreitet und für viele Lehrpersonen Teil des Berufsalltags: Eine aktuelle Studie des Österreichischen Bundesverlags (ÖBV) und der Johannes-Kepler-Universität beleuchtet, in welcher Höhe Lehrpersonen private Mittel einsetzen und wofür sie diese aufwenden. Befragt wurden dabei über 2100 Lehrende aus unterschiedlichen Schultypen.

70 Millionen Euro im Jahr investieren Lehrpersonen aus eigener Tasche in den Unterricht.

Im Schnitt investieren Lehrerinnen und Lehrer rund 550 Euro pro Jahr aus privaten Mitteln, um „ihre Aufgaben als Lehrkräfte wahrnehmen zu können“. Hochgerechnet sind das bei etwa 128.000 Lehrkräften jährlich bis zu 70 Millionen Euro. Laut Erhebung variiert das individuelle Ausmaß dieser Ausgaben stark: Knapp 40 Prozent der Lehrkräfte würden jährlich bis zu 200 Euro für berufliche Dinge ausgeben, weitere 35 Prozent zwischen 201 und 600 Euro und ein Viertel des

Lehrpersonals investiert mehr als 600 Euro. Es gehe dabei um Ausgaben, die im System nicht vorgesehen sind oder die nicht abgerechnet werden können, weil es sich um eine Vielzahl von Kleinstbeträgen handelt.

Vom Arbeitsheft bis zum Laptop: Wofür geben Lehrerinnen und Lehrer ihr Geld konkret aus?

„Am häufigsten investieren Lehrpersonen in Lernmaterialien wie Arbeitshefte und Kopiervorlagen. Insgesamt 77 Prozent der Befragten geben an, hier eigene monetäre Mittel einzusetzen“, heißt es vonseiten der JKU. Zwei Drittel finanzieren zudem digitale Endgeräte selbst. Weitere 44 Prozent investieren in Materialien zur Schularbeitsvorbereitung und zur Lernstandserhebung.

Auch Schulbücher sowie berufliche Weiterbildungen (je 35 Prozent) werden teilweise privat bezahlt. Des Weiteren wurden häufig Bereiche wie Büromaterial, Klassenzimmergestaltung und Dinge wie Adventkalender oder kleine Weihnachtsgeschenke genannt. Einige Lehrkräfte würden außerdem Material oder eine Jause für sozioökonomisch benachteiligte Schülerinnen und Schüler finanzieren. Christoph Helm, Leiter der Abteilung für Bildungsforschung an der Linz School of Education (JKU), dazu:

„Die Daten zeigen klar, dass es sich nicht um vereinzelte Fälle handelt. Viele Lehrpersonen investieren wiederkehrend und über das gesamte Schuljahr hinweg in zentrale Bereiche ihres Unterrichts.“

Wie ist das heimische Bildungssystem finanziell ausgestattet?

Die Ergebnisse würden laut Urheber darauf verweisen, dass im österreichischen Bildungssystem eine grundlegende Frage gestellt werden muss: Wie ist das heimische Bildungssystem finanziell ausgestattet? Denn: Bildung ist ein staatlicher Auftrag. „Natürlich sind nicht alle der von den Lehrkräften genannten Ausgaben zwingend für den Unterricht notwendig. Wenn jedoch grundlegende Arbeitsmittel, digitale Infrastruktur oder Lehr- und Lernmaterialien privat finanziert werden müssen, verlagert sich die finanzielle Verantwortung schleichend auf die Schultern der Lehrkräfte“, heißt es vonseiten der JKU und des ÖBV.

Ein zusätzlicher (Kritik-)Punkt würde dadurch aufploppen: die Gefahr, dass Unterschiede zwischen Klassen und Standorten verstärkt werden. Chancengerechtigkeit dürfe jedoch nicht davon abhängen, ob und wie viel Lehrkräfte privat investieren können oder möchten. „Wir dürfen nicht voraussetzen, dass Lehrkräfte grundlegende Arbeitsmittel aus eigener Tasche finanzieren“, betont Philipp Nussböck, Geschäftsführer des ÖBV. Und weiter: „Wenn private Beiträge zur stillen Voraussetzung für guten Unterricht werden, braucht es eine ehrliche Diskussion über die Ausstattung unserer Schulen. Qualität von Bildung darf nicht vom privaten Geldbörstel der Lehrperson abhängen.“

Dieser Artikel wurde uns dankenswerterweise von den **Salzburger Nachrichten** zur Verfügung gestellt..

Supervision im Lehrberuf

Selbstreflexion als Grundlage für professionelles Handeln

Alexandra Heinzle, Schulleiterin Paedakoop in Schllins (alexandra.heinzle@paedakoop.snv.at)

Wenn wir Schule als Symptomträger der gesellschaftlichen Entwicklung¹ ernst nehmen und sich die Rolle der Lehrer:innen in den Schulen vermehrt mit disziplinären Herausforderungen, Gewalt, Mobbing, psychischen Krankheiten und Ähnlichem konfrontiert sieht, müssen wir uns die Frage stellen, was dies für die Lehrerinnen und Lehrer bedeutet.

Können Lehrpersonen ihre Aufgaben mit den derzeitigen Arbeits- und Rahmenbedingungen erfüllen? Lässt die Kombination Österreichisches Schulsystem, gesellschaftlicher Wandel², Veränderung der Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen³ und der neuen Morbidität⁴ überhaupt noch qualitatives Arbeiten im Lebensraum Schule zu?

In einem weiteren Schritt stellt sich die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass Lehrer:innen ihre eigene psychische Gesundheit im Blick behalten und im besten Fall trotz all dieser Herausforderungen den eigenen Anspruch an qualitativ hochwertige pädagogische Arbeit nicht mindern. Laut Informationsschreiben der Bildungsdirektion Vorarlberg⁵ kann es im Lehrberuf unter bestimmten Umständen zu einer Überlastung führen und um einer solchen vorzubeugen, kann wiederum professionelle Supervision helfen. Wird diese Hilfe in Anspruch genommen, unterstützt dies die Bildungsdirektion mit einem Betrag von € 600,--.

Supervision als Vorbeugung von und Hilfe bei Überlastungen ist grundsätzlich hilfreich, greift jedoch nicht weit genug. Um eine professionelle Weiterentwicklung der eigenen pädagogischen Arbeit und Haltung sicherstellen zu können, muss Supervision ein Werkzeug darstellen, das jederzeit in Anspruch genommen und vor allem strukturiert und regelmäßig genutzt werden kann.

In nahezu allen anderen Bereichen im Sozialbereich ist es eine Selbstverständlichkeit geworden, dass Supervision vom Arbeitgeber in geregelten Abständen zur Verfügung gestellt wird. Im Bildungsbereich ist Vorarlberg hier zwar in eine gute Richtung unterwegs, aus fachlicher Sicht jedoch gibt es definitiv noch Möglichkeiten zur Verbesserung. Es bräuchte hier schon in der Ausbildung zum Lehrberuf eine Sensibilisierung für Supervision.

Supervision darf nicht als „Hilfe“ und somit mit Überforderung assoziiert werden. Es muss klar werden, dass Supervision ein wichtiges Werkzeug für die Reflexion beruflicher Situationen ist und Selbstreflexion in einem geschützten Rahmen ermöglicht. Diese beiden



Alexandra Heinzle, BEd MA
Themen und Arbeitsschwerpunkte:
Bachelor Primarstufe, Master Soziale Arbeit Vertiefung klinische Sozialarbeit, Förderbereich Emotional-Soziale Entwicklung, Supervisorin i. A.

Säulen ermöglichen Professionalisierung im Unterricht und Weiterentwicklung der eigenen pädagogischen Haltung.

¹ Heinzle, A. (2024). Paedakoop für ALLE: Schule als Symptomträger der gesellschaftlichen Entwicklung. F&E Edition, 30, 40–41.

² Kromp-Kolb, Helga (2023): Für Pessimismus ist es zu spät. Wir sind Teil der Lösung, Molden Verlag in Verlagsgruppe Styria GmbH & Co. KG

³ Wolfgang Reißmann Hrsg. Et al. (2017): Mediatisierung und Mediensozialisation Dagmar Hoffmann Friedrich Krotz Wolfgang Reißmann Hrsg. Prozesse – Räume – Praktiken; Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

⁴ Knut Brockmann, Et al (2019): Soziale Faktoren und „neue Morbidität“ bei Kindern und Jugendlichen. https://www.springermedizin.de/emedpedia/detail/paediatric/soziale-faktoren-und-neue-morbiditaet-bei-kindern-und-jugendlichen?epediaDoi=10.1007%2F978-3-642-54671-6_18

⁵ Bildungsdirektion Vorarlberg (2026). Supervision für Lehrpersonen - Finanzielle Unterstützung für PflichtschullehrerIn/DirektorIn. <https://www.bildung-vbg.gv.at/dam/jcr:b2b2ed3e-2aad-4d1a-a51a-ca605b825ca5/Supervision%20Informationsblatt%20f%C3%BCr%20Lehrpersonen.pdf>



Aus dem Konferenzzimmer...

Carina Eberhard, Vorsitzende des DA Bludenz (carina_eberhard@aon.at)

Der schulische Alltag stellt Lehrerinnen und Lehrer zunehmend vor Herausforderungen, die weit über den klassischen Bildungsauftrag hinausgehen. Besonders deutlich zeigt sich dies im Umgang mit Schülerinnen und Schülern, die durch massives Problemverhalten auffallen und kaum mehr in den regulären Klassenverband integrierbar sind.

In vielen Fällen fehlt es schlicht an den notwendigen Rahmenbedingungen, um diesen Kindern gerecht zu werden. Integrationsklassen sind oft personell unterbesetzt, die zur Verfügung stehenden Stunden reichen nicht aus, um individuelle Förderung tatsächlich umzusetzen. Was auf dem Papier als inklusives Konzept erscheint, stößt in der Praxis schnell an seine Grenzen.

Hinzu kommt, dass Gespräche mit Eltern und unterstützenden Systemen wie Familienhelfern zwar stattfinden, jedoch nicht immer die gewünschte Wirkung zeigen. Nicht selten entsteht der Eindruck, dass das Engagement auf Seiten der Schule deutlich höher ist als im familiären Umfeld. Lehrkräfte investieren viel Zeit in Kommunikation, Dokumentation und Konfliktmanagement – Zeit, die an anderer Stelle, etwa für Unterrichtsvorbereitung oder individuelle Förderung anderer Schülerinnen und Schüler, fehlt.

„Lehrkräfte investieren viel Zeit in Kommunikation, Dokumentation und Konfliktmanagement – Zeit, die an anderer Stelle, etwa für Unterrichtsvorbereitung oder individuelle Förderung anderer Schülerinnen und Schüler, fehlt.“

Erschwerend kommt hinzu, dass disziplinarische Maßnahmen wie Suspendierungen in ihrem zeitlichen Umfang von der zuständigen Be-

hörde ohne Absprache mit den Pädagog:innen einfach gekürzt werden.

Ein aktueller Fall eines Schülers zeigt dies in absurder Weise. Dieser Junge wurde aufgrund von wiederholt aggressivem, nicht tragbarem Verhalten (verbal und körperlich) bereits zum 3. Mal suspendiert. Der Antrag der Schule von drei Wochen wurde ohne Rücksprache auf vier Tage verkürzt. Auf Nachfrage hin hieß es dann, die Osterferien zählten nun ebenfalls zur Schulabstinenz des betroffenen Schülers. Somit wurden die einzelnen Suspendierungszeiträume in diesem Fall sogar immer kürzer. Da bleibt man doch kurz staunend und verwundert zurück.

Was als pädagogisch sinnvoller Ansatz gedacht ist, führt im Schulalltag häufig dazu, dass akute Entlastungssituationen fehlen. Gekürzte Suspendierungen können keine nachhaltige Wirkung zeigen, weder auf den betroffenen Schüler noch auf sein schulisches Umfeld. Mitschüler:innen und Lehrpersonen bräuchten solche Zeiten, um wieder Ruhe und Sicherheit in den betroffenen Klassenverband zu bringen. Stattdessen versuchen wir, schwierige Verhaltensweisen aufzufangen, ohne ausreichende Handlungsspielräume zu haben.

Um mich über die mangelnde Unterstützung der Bildungsdirektion zu wundern, blieb mir jedoch nicht lange Zeit, denn kurz darauf kam

ein Drohmail eines Elternteils an die Direktorin, in welchem auf äußerst diffamierende Weise mit einem Leserbrief gedroht wurde. Grund für diesen verbalen Amoklauf war eine schon längst überfällige Meldung an die Kinder- und Jugendhilfe.

All diese Faktoren tragen dazu bei, dass Lehrkräfte zunehmend das Gefühl entwickeln, den Bedürfnissen ihrer Schülerinnen und Schüler nicht gerecht werden zu können. Der Unterricht wird immer häufiger von Erziehungsarbeit überlagert, während der eigentliche Bildungsauftrag in den Hintergrund tritt. Die Schule wird so zum Ort, an dem gesellschaftliche Probleme sichtbar werden, ohne dass ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen, um ihnen wirksam zu begegnen.

Es braucht daher dringend eine realistische Neubewertung der Anforderungen an Schule.

Lasst mich an dieser Stelle kurz davon träumen:

- mehr Personal,
- mehr Stunden, besonders in der Integration,
- mehr Zeit für individuelle Betreuung,
- klarere Strukturen im Umgang mit herausforderndem Verhalten und
- eine stärkere Einbindung der Eltern.

Nur so kann es gelingen, sowohl dem Bildungs- als auch dem Erziehungsauftrag gerecht zu werden, ohne Lehrkräfte dauerhaft zu überfordern.



FAHRT INS BLAUE



WEINGUT HAUG IN LINDAU

www.freielehrer.at

SO WENIG WIE MÖGLICH, SO VIEL WIE NÖTIG!
Vor allem gilt: Zum richtigen Zeitpunkt das Richtige tun – lesen, verarbeiten, bewegen, rühren, abstechen, auffüllen, abfüllen und TRINKEN!

Zum **Abschluss des Schuljahres 25/26** wollen wir gemeinsam bei einem Glas Wein in die Sommerferien starten.

Das Weingut Haug in Lindau erwartet uns mit einem Rundgang durch den Weinberg (je nach Witterung) und einer gemütlichen Weinverkostung.



Seit 2002 führen Claudius und Janine Haug das Weingut in zweiter Generation mit klassischem Know-How und mit viel Lust und Neugier auf Neues.

Wir fahren mit dem Bus nach Lindau. Dort erhalten wir einen Einblick ins Weingut Haug mit einer Weinprobe und **einer anschließenden Jause.**

Dienstag, 14. Juli 2026
Weingut Haug in Lindau
Kosten: 65,- Euro pro Person
(Busfahrt, Weinverkostung und Jause)
begrenzte Teilnehmerzahl
First come – first serve!

Einstiegstellen

- o 15.00 Uhr **Locker Tours in Koblach**
(Bundesstraße 17)
- o 15.30 Uhr **Bahnhof Bregenz**

Anmeldungen bis 30. Juni 2026 an
loseralexandra@hotmail.com
Bitte gib deinen Namen und die gewünschte Zustiegsstelle an.

Nach erfolgter Anmeldung bekommst du eine Bestätigung. Der Kostenbeitrag wird im Bus eingesammelt, daher bitten wir, den Betrag genau mitzunehmen.
Vielen Dank!





FERIENREGELUNG FÜR LEHRPERSONEN IM PD

Urlaub während der Hauptferien

Der Haupturlaub beginnt für die Landesvertragslehrpersonen (pd) nach Abwicklung der sie betreffenden Schlussgeschäfte (Zeugnis, Stammbblätter, Wochenbuch, . . .).

Der erste Tag der Hauptferien ist der Samstag nach dem „Zeugnistag“. Die gleiche Regelung gilt auch für alle Lehrpersonen im alten Dienstrecht.

→ **daher:** keine Diensteinteilung für pd-Lehrer:innen in der ersten Ferienwoche

Letzte Ferienwoche

Der **Urlaubsanspruch** endet für Landesvertragslehrpersonen (pd) am **Montag** in der letzten Ferienwoche vor Beginn des folgenden Schuljahres.

Eventuelle Arbeiten in der letzten Ferienwoche:

Im Gesetz werden „standortbezogene Tätigkeiten“ gemäß **§ 8 (10) LVG** genannt. Das sind insbesondere die Mitarbeit im

Rahmen der Unterrichts-, Schul- und Qualitätsentwicklung, die Teilnahme an Konferenzen, Teambesprechungen, schulinterne Fortbildung und die Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten und Lehrberechtigten. Die Schulleitung hat die standortbezogenen Tätigkeiten unter Bedachtnahme auf die besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten der Landesvertragslehrperson und deren Beschäftigungsausmaß ausgewogen festzulegen.

→ **daher:** Lehrer:innen im pd-Schema müssen ab Dienstag in der letzten Ferienwoche für eine allfällige Dienstleistung einsatzbereit und abrufbereit sein, wenn dies erforderlich ist.

→ **weilers:** Allfällige Vorbereitungsarbeiten sind nicht zwingend in der Schule zu erledigen. Es hat eine zeitlich angemessene Ankündigung durch die Schulleitung bezüglich der Anwesenheit zu erfolgen.

→ **außerdem:** Die Lehrperson hat keine administrativen Leiter:innenaufgaben zu erledigen.

Reform des Lehramtsstudiums Sekundarstufe: Kürzere Studiendauer und neue inhaltliche Schwerpunkte

Die Ausbildung für das Lehramt Sekundarstufe Allgemeinbildung wurde in den vergangenen Jahren in Österreich umfassend weiterentwickelt. Auch die Pädagogische Hochschule Vorarlberg als Teil des Verbundes West war aktiv in diesen Prozess eingebunden. Mit dem Studienjahr 2026/27 treten neue Curricula in Kraft, die sowohl strukturelle als auch inhaltliche Anpassungen vorsehen. Ziel dieser Weiterentwicklung ist es, die Ausbildung effizienter zu gestalten und zugleich den aktuellen Anforderungen des Bildungssystems bestmöglich gerecht zu werden.

Die neue Struktur sieht eine Ausbildungsdauer von drei Jahren bis zum Bachelor- und zwei Jahren bis zum Masterabschluss vor und qualifiziert Studierende für die Tätigkeit als Lehrperson in den von ihnen gewählten Unterrichtsfächern an Schulen der Sekundarstufe.

Absolvent:innen des Lehramtes Sekundarstufe Allgemeinbildung werden berechtigt, Schüler:innen der 5. bis 13. Schulstufe an folgenden Schulformen zu unterrichten:

- Sonderschulen
- Mittelschulen (MS)
- Polytechnischen Schulen (PTS)
- Allgemeinbildenden höheren Schulen (AHS)
- Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS) für allgemeinbildende Fächer

Darüber hinaus eröffnen die im Lehramtsstudium erworbenen Qualifikationen vielfältige berufliche Perspektiven außerhalb des schulischen Bereichs. Dazu zählen insbesondere Tätigkeiten in der Sozial- und Jugendarbeit, der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, der Erwachsenenbildung sowie in der Medien- und Kommunikationsbranche und im öffentlichen Dienst. In mehreren Unterrichtsfächern stehen Absolvent:innen zudem Berufsfelder offen, die auch Absolvent:innen entsprechender Fachstudien zugänglich sind – insbesondere dann, wenn sich die gewählten Unterrichtsfächer inhalt-



VR Mag. Dr. Elisabeth Ostermann, BEd

lich sinnvoll ergänzen.

Das Lehramtsstudium Sekundarstufe Allgemeinbildung schließt mit dem akademischen Titel Bachelor of Education (BEEd) bzw. Master of Education (MEEd) ab und wird als gemeinsames Studium im Verbund West durchgeführt. Dem Verbund gehören die Universität Innsbruck, die Pädagogische Hochschule Tirol, die Kirchliche Pädagogische Hochschule Edith Stein, die Universität Mozarteum Salzburg (Standort Innsbruck) sowie die PH Vorarlberg an.

Verkürzung des Bachelorstudiums

Eine zentrale Neuerung ist die Verkürzung des Bachelorstudiums: Dieses umfasst künftig sechs statt bisher acht Semester und schließt mit 180 ECTS-Anrechnungspunkten ab.

Da Bachelorabsolvent:innen bereits im Berufsfeld tätig sein können, wird dadurch ein schnellerer Einstieg in den Lehrberuf ermöglicht. Die Dauer des Masterstudiums bleibt unverändert bei vier Semestern (120 ECTS-AP).

Inhaltliche Weiterentwicklung und neue Spezialisierung

Neben strukturellen Anpassungen wurden auch die Inhalte der Studienprogramme überarbeitet. Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben kommt es zu Veränderungen in den bildungswissenschaftlichen Grundlagen, den pädagogisch-praktischen Studien, den Fachdidaktiken sowie in der fachlichen Ausbildung.

Ein besonderer Fokus liegt auf gesellschaftlich relevanten Themen:

- Die Bereiche Inklusive Pädagogik sowie Deutsch als Zweitsprache und sprachliche Bildung werden künftig stärker in allen Fächern sowie in den Bildungswissenschaftlichen Grundlagen verankert.
- Deutsch als Zweitsprache und sprachliche Bildung wird zudem als neue Spezialisierung angeboten und kann mit einem Unterrichtsfach kombiniert werden.

Die Schulpraktika, die eine enge Verbindung zwischen Theorie und Praxis gewährleisten, sehen in Zukunft bereits im 2. Semester ein Orientierungspraktikum im Ausmaß

von 30 Unterrichtseinheiten vor. Weiters werden im Rahmen eines Praxissemesters je 120 Unterrichtseinheiten im gewählten Fach sowie 120 Unterrichtseinheiten in den Bildungswissenschaften absolviert. Die Praktika werden jeweils mit einer Lehrveranstaltung an der PH Vorarlberg begleitet. Auch in das Masterstudium ist ein Praktikum im Rahmen von 60 Unterrichtseinheiten integriert.

Grundsätzlich werden im Rahmen der Ausbildung fundierte fachliche, fachdidaktische und pädagogische Kompetenzen vermittelt und Studierende gezielt auf die Anforderungen der Profession Lehrer:in vorbereitet. Das durchaus anspruchsvolle Studium auf hohem fachlichem Niveau berücksichtigt die vielfältigen Handlungsfelder des Lehrer:innenberufs (Berufsbild für Lehrer:innen; BMB 2025).

Im Sinne eines aktuellen Berufsbildes erhalten künftige Studierende Einblicke in folgende wesentliche Handlungsräume für Lehrpersonen: Lernen und Lehren, Schüler:innen begleiten und unterstützen, Schule mitgestalten und sich und das eigene Handeln entwickeln.

Studienangebot an der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg

Am Standort Feldkirch werden die Lehramtsfächer **Deutsch, Digitale Grundbildung und Informatik, Englisch und Mathematik** inklusive der bildungswissenschaftlichen Grundlagen und Schulpraktika angeboten. Weitere Unterrichtsfächer und Spezialisierungen können an den Partnerinstitutionen des Verbundes West studiert werden. Weitere Informationen hierzu kön-

nen auf der Homepage der PHV eingesehen werden:

www.ph-vorarlberg.ac.at/studium/lehramt-sekundarstufe-allgemeinbildung

Das Studium an der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg zeichnet sich durch moderne und praxisnahe Lernformen in kleinen Teams aus. Besonderer Wert wird auf Inklusion, Chancengerechtigkeit sowie eine wertschätzende Lern- und Beziehungskultur gelegt. Durch die Verbindung von Theorie, aktueller Forschung und schulpraktischen Erfahrungen werden an der PHV fachliche, soziale und persönliche Kompetenzen gezielt gefördert.

Zur Erreichung der hohen Ansprüche des Studiums und zur bestmöglichen Vorbereitung auf den herausfordernden Beruf werden von Studierenden sowohl ein ausgeprägtes Interesse an der Arbeit mit jungen Menschen als auch Begeisterung für die gewählten Unterrichtsfächer erwartet. Darüber hinaus verlangt die inhaltliche und methodische Vielfalt des Studiums insbesondere Eigeninitiative, Selbstorganisation, kritisches Denken sowie Kooperations- und Teamfähigkeit und ein hohes Maß an Leistungsbereitschaft.

Aufnahmeverfahren

Interessierte können sich auf www.zulassunglehramt.at für das Aufnahmeverfahren anmelden. Im Zuge der Registrierung wird ein Selbsterkundungsverfahren durchgeführt, dessen Resultat lediglich für die Bewerber:innen selbst einsehbar ist. Anschließend gilt es, an der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg einen elektronischen Zulas-

sungstest zu absolvieren.

Für den Nebentermin gilt folgende Zeitschiene:

- Registrierung vom 1. Juli 2026, 12:00 Uhr bis zum 14. August, 12:00 Uhr
- Absolvierung des Selbsterkundungsverfahrens (Modul A) nach der Registrierung
- Elektronischer Zulassungstest am 24. August 2026 an der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg (Modul B)

Fazit

Die umfassende Überarbeitung der Lehramtscurricula der Sekundarstufe Allgemeinbildung ist ein zentraler Schritt zur Weiterentwicklung der Lehrer:innenbildung und zur Bewältigung aktueller gesellschaftlicher und bildungspolitischer Herausforderungen. Mit der Verkürzung des Bachelorstudiums auf drei Jahre, der stärkeren Verankerung von Zukunftsthemen wie Digitalisierung, Inklusion und Deutsch als Zweitsprache sowie der Einführung von Praxissemestern wurden attraktive und zeitgemäße Studienbedingungen geschaffen. Auch die Umbenennung von Fachbezeichnungen trägt zur besseren Anschlussfähigkeit an schulische Entwicklungen bei. Insgesamt wird mit dieser Reform eine zukunftsfähige, wissenschafts- und professionsorientierte Ausbildung von Lehrpersonen garantiert.

Autor:innen

Gina Amann, BEd MEd

Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit

Dipl.-Ing. Dr. Priv.-Doz. Christoph Erath

Institutsleiter für die Sekundarstufe

Mag. Dr. Elisabeth Ostermann, BEd

Vizerektorin für Lehre und Unterrichtsforschung



Nachlese zum 19. Bundestag der Bundesleitung 10 in Wien

Julia Fend, Vorsitzende des DA Dornbirn (fend@msbs.edu.dornbirn.at)

Anfang Mai 2026 fand in Wien der 19. Ordentliche Bundestag der Bundesleitung 10, Gewerkschaft der Pflichtschullehrer:innen statt. Neben der Wahl der Kommissionen und Gremien standen zahlreiche bildungs- und dienstrechtliche Anträge auf der Tagesordnung. Trotz klarer Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Fraktionen zeigte sich, dass die sozialdemokratischen Positionen der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter (FSG) in vielen Bereichen wichtige Impulse setzen konnten.

Die Delegierten aus allen Bundesländern nutzten den Bundestag, um zentrale Fragen der Bildungspolitik, des Dienstrechts sowie der schulischen Zukunftsentwicklung zu diskutieren. Nach der offiziellen Eröffnung mit einem engagierten Hauptreferat und einem überzeugenden Statement des Vorsitzenden Paul Kimberger verlagerte sich der Schwerpunkt am zweiten Tag auf die intensive Antragsberatung.

BREITE ZUSTIMMUNG

Die Wahlen der Kommissionen sowie der verschiedenen Gremien verliefen erwartungsgemäß sehr harmonisch. Besonders erfreulich war die erneute Wahl von Paul Kimberger zum Vorsitzenden mit einem herausragenden Ergebnis. Seine breite Unterstützung über Fraktionsgrenzen hinweg zeigt deutlich, dass Sachlichkeit, Verlässlichkeit und Engagement anerkannt werden.

INTENSIVE BERATUNGEN

Im Vorfeld des Bundestages wurden aus den Landesleitungen zahlreiche Anträge eingebracht. Nach Sichtung und Zusammenfassung durch die Antragsprüfungskommission blieb eine umfangreiche Tagesordnung übrig, über die im Bundestag abgestimmt wurde.

Die Themen reichten von allgemeinen bildungspolitischen Anliegen über Besoldungsfragen bis hin zu schul- und dienstrechtlichen Forderungen. Auch die Vorarlberger Landesleitung brachte mehrere Initiativen ein – darunter Forderungen nach praxisnäherer Pädagog:innenbildung, besserer Unterstützung im sonderpädagogischen Bereich, stärkerem psychosozialen Support an Schulen sowie Investitionen in die digitale Infrastruktur. Viele dieser Anliegen fanden Zustimmung und wurden an die zuständigen Gremien weitergeleitet. Gerade hier zeigte sich, dass die FSG wichtige Akzente setzen konnte und konsequent bildungspolitische Zukunftsfragen anspricht.

REFORMIDEEN STOSSEN WEITERHIN AUF WIDERSTAND

Trotz insgesamt sachlicher Diskussionen wurde deutlich, dass progressive bildungspolitische Vorschläge weiterhin auf Widerstand stoßen.

Besonders sichtbar wurde dies bei der Debatte um einen Ethikunterricht für alle Schüler:innen. Während ein verpflichtender Ethikunterricht für alle keine Mehrheit fand, wurde zumindest die Ausweitung des Ethikunterrichts für jene Schüler:innen unterstützt, die keinen Religionsunterricht besuchen. Damit wurde zumindest ein Schritt in Richtung zeitgemäßer Wertebildung gesetzt.

Auch die Forderung nach einer Gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen fand keine Mehrheit. Gerade aus Sicht der FSG bleibt diese Diskussion jedoch zentral: Mehr Chancengerechtigkeit, längeres gemeinsames Lernen und weniger frühe Selektion sind wesentliche Anliegen moderner Bildungspolitik. Dass hier weiterhin unterschiedliche gesellschafts- und bildungspolitische Vorstellungen aufeinanderprallen, wurde am Bundestag deutlich sichtbar.

Dennoch zeigte sich ebenso, dass viele Pflichtschullehrer*innen die täglichen Herausforderungen im Bildungssystem sehr genau wahrnehmen – von der Belastung an den Volksschulen bis hin zu den Auswirkungen der frühen Trennung der Bildungswege.

FAZIT

Der 19. Bundestag der Bundesleitung 10 war geprägt von einem konstruktiven Arbeitsklima, klaren Mehrheitsverhältnissen und zugleich wichtigen bildungspolitischen Debatten. Die FSG konnte dabei zahlreiche progressive Anliegen sichtbar machen und wichtige Impulse für eine moderne, chancengerechte Schule setzen.

Ob und in welchem Ausmaß diese Forderungen künftig auch politisch aufgegriffen werden, bleibt abzuwarten. Der Bedarf an Reformen im Bildungsbereich wurde jedenfalls einmal mehr deutlich.



Die Vorarlberger Teilnehmer am Bundeskongress Julia Fend, Alex Frick, Alexandra Loser mit dem Vorsitzenden Thomas Bulant (v. r.)

Zukunftsfähige Schulleitung braucht neue Wege

Doris dall'Armi und Inge Mennel, gemeinsame Direktorinnen in der MS und PTS Hittisau (direktion@ms-hittisau.at)

Mehr Gestaltungsfreiheit für Schulen, bessere Vereinbarkeit und echte Perspektiven für Frauen in Leitungsfunktionen

WAS LIEGT HINTER UNS?

Im vergangenen Schuljahr (2024/25) war unsere Schule mit großen Veränderungen konfrontiert: Ein neuer, schulfremder Direktor trat seine Stelle an und hätte sich sowohl in die Gemeinde als auch in das Kollegium und den Schultyp einarbeiten müssen. Da dies nicht erfolgt ist, wurde in der Praxis jedoch der Hauptteil dieser Aufgaben bereits während seiner Amtszeit von den beiden Stellvertreterinnen Doris dall'Armi und Ingeborg Mennel übernommen.



Bereits nach einem Schuljahr trat der Direktor in den Ruhestand, woraufhin die Verantwortung vollständig in die Hände der Stellvertreterinnen überging.

Für das Schuljahr 2025/26 wurde rasch eine Sonderlösung geschaffen: Die Direktorin (Doris dall'Armi) gibt aktuell 50 % ihrer Leiterstunden an Ingeborg Mennel ab. Dadurch können beide weiterhin unterrichten, als Klassenvorständinnen tätig sein und Leitungsaufgaben flexibel aufteilen.

Diese Lösung hat das Schulklima deutlich verbessert, das Kollegium gestärkt und wichtige Entwicklungen

(z.B. Wahlpflichtfächer) ermöglicht. Dieses Modell hat sich insgesamt klar bewährt und wir möchten es gerne weiterführen.

WORUM GEHT ES UNS?

Mit der bevorstehenden Pensionierung von Ingeborg Mennel stellt sich die Frage der zukünftigen Organisation neu.

Die Direktorin möchte weiterhin einen Teil der Leitungsstunden abgeben – wie im aktuellen Schuljahr erfolgreich umgesetzt. Eine **Aufteilung von 70 % Leitungsstunden und 30 % Unterricht** für die Direktorin sowie **30 % Leitungsstunden und 70 % Unterricht** für eine Kollegin oder einen Kollegen wäre praktikabel und sinnvoll.

Diese Lösung entspricht nicht nur dem Bedarf angesichts des Lehrermangels, sondern auch einem modernen Verständnis von Schulleitung: Unterricht und direkter Kontakt mit den Schülerinnen und Schülern bleiben erhalten, gleichzeitig werden dauerhafte Überbelastungen vermieden.

WAS FÜR UNS UNVERSTÄNDLICH IST?

Wir können nicht nachvollziehen, warum ein Modell, das nachweislich funktioniert und genehmigt wurde, im kommenden Schuljahr nicht mehr möglich sein soll. Besonders irritierend dabei ist, dass die Auslegung der rechtlichen Grundlage im heurigen Schuljahr zu unseren Gunsten möglich war, dies für das nächste Jahr jedoch nicht mehr gelten soll. Hinzu kommt, dass ein

Zurücklegen der Leitungsfunktion möglicherweise einen Schulwechsel für Doris dall'Armi bedeuten würde.

Diese fehlende Kontinuität sorgt für Verunsicherung im Kollegium. Zudem wächst die Sorge, dass steigende Belastungen – auch für die Schulleitung selbst – langfristig zu Überforderung, Krankenständen oder Kündigungen führen könnten.

Umso kritischer erscheint, dass Schulautonomie in bildungspolitischen Diskussionen zwar regelmäßig eingefordert wird, in der Praxis jedoch an starren und nicht zeitgemäß angepassten rechtlichen Rahmenbedingungen scheitert. Solange diese Vorgaben nicht entsprechend weiterentwickelt werden, bleibt Schulautonomie vielfach ein Anspruch ohne reale Wirkung – und funktionierende Lösungen werden unnötig verhindert, anstatt unterstützt.

WAS WÜNSCHEN WIR UNS FÜR DIE ZUKUNFT?

Wir wünschen uns, dass funktionierende Ansätze ermöglicht und nicht verhindert werden. Unser Konzept soll nicht nur eine Übergangslösung sein, sondern offen unterstützt und für die Zukunft ermöglicht werden.

Schulautonomie darf kein Lippenbekenntnis bleiben. Sie muss so umgesetzt werden, dass zeitgemäße und funktionierende Modelle tatsächlich möglich sind – Modelle, die unsere Schulen stärken, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spürbar verbessern und Frauen nachhaltig den Weg in Führungspositionen erleichtern.

WEIHNACHTSREISE 2026/27

ÄGYPTEN

SA.26.12. – FR.4.1.2027



9-tägige Reise zwischen Jahrtausenden und lebendiger Kultur

Diese exklusive Reise führt uns zu den berühmtesten Zeugnissen der altägyptischen Kultur und zugleich in das ursprüngliche Ägypten, abseits der bekannten Pfade. Sie verbindet das pulsierende Kairo mit dem mystischen Assuan und den beeindruckenden Tempeln und Gräbern von Luxor. Wir erleben Ägypten nicht nur als Heimat der Pharaonen, sondern tauchen auch in den Alltag des Landes ein – von lebhaften Märkten und traditionellen Dörfern bis hin zu besonderen Erlebnissen auf dem Nil und in der Wüste. Den Höhepunkt bildet ein außergewöhnlicher Jahreswechsel im Herzen von Oberägypten. Eine Reise voller Geschichte, faszinierender Landschaften und unvergesslicher Eindrücke erwartet uns.

Programm

1. Tag (Sa.26.12.): Anreise Kairo

Transfer zum Flughafen Zürich (Abflug um 11:55 Uhr); Empfang durch unsere deutschsprachige Reiseleitung. Anschließend Fahrt zum 5*-Hotel Steigenberger Pyramids; gemeinsames Abendessen

2. Tag (So.27.12.): Kairo

Kairo kennenlernen: Pyramide & Sphinx, Grand Egyptian Museum, Abendessen und Sundowner im Azhar Park; Transfer zum Hotel

3. Tag (Mo. 28.12.) Kairo – Assuan

Palast von Baron Empain; Basilika von Heliopolis; Flug nach Assuan, Besuch der nubischen Dörfer auf der Elephantine Insel; 4-Hotel Pyramisa Aswan

4. Tag (Di. 29.12.): Assuan

Fahrt zum Kamelmarkt von Daraw; Besuch des Old Cataract Hotel; Nubisches Museum und der Souq von Assuan

5. Tag (Mi.30.12.): Assuan

Der unvollendete Obelisk; Gräber der Noblen und Wüstenwanderung; St.-Simeon-Kloster; Felukenfahrt und Botanischer Garten (Kitchener-Insel)

6. Tag (Do.31.12.): Luxor

Abfahrt mit dem Bus nach Luxor über die „agricultural Road“; Besuch einer Zuckerrohrsirup-Fabrik; Kulturstopp in Esna (Schleuse und Karawanserei); Silvestergala im 4*Hotel Pyramisa Luxor Hotel

7.Tag (Fr.1.1.27) Luxor

Neujahrsfrühstück; Pferdekutschenfahrt ; optional: Mittagessen bei den Einheimischen

8.Tag (Sa. 2.1.27) Luxor/Westbank

Heißluftballonfahrt; anschl. Frühstück im Eco-Hotel auf der Westbank; Tal der Könige; Deir el-Medina; Mittagspause im Hotel; Luxor Museum (Ostufer)

9.Tag (So.3.1.27) Luxor

Transfer nach Qena; Besuch des Dendera-Tempels; Mittagessen in Qena; Panoramafahrt durch die oberägyptischen Dörfer; Mummifizierungsmuseum

10. Tag (Mo.4.1.27) Rückreise

Besuch des Luxor-Tempels; Transfer zum Flughafen und Rückflug nach Zürich

Leistungen:

- *Flug Zürich-Kairo und Luxor-Zürich mit Swiss
- *9 Nächtigungen mit Frühstück in hochwertigen Hotels
- *deutschsprachiger Reiseleiter
- *Sämtliche Transfers und Führungen laut Programm
- *Busfahrt von Aswan nach Luxor
- *Abendessen am 1. (Hotel) und 2. Tag (Restaurant Studio Masr im Azhar Park)
- *Sämtliche Eintritte (laut Programm)
- *Inlandsflug von Kairo nach Luxor
- *Felukenfahrt
- *Pferdekutschenfahrt am Neujahrstag
- *Mittagessen in Qena (3.1.)
- *Umfangreiches Informationsmaterial
- *eSIM (Immer und überall online) – mit einer eSIM für unbegrenztes Internet
- *Reise App: Alle Reiseunterlagen direkt zur Hand

Exklusive

- Visa für Einreise (ca. 24,-€)
- Persönliche Ausgaben & Trinkgelder
- Reiseversicherung

Gesamtleitung: Witzemann Willi

Reiserichtpreis: EUR 4.695,- EZ-Zuschlag: EUR 760,-

Infos und Anmeldung an: witzewilli@hotmail.com





EUROPA ERLEBEN FÜR VORARLBERGER UNTERSTUFEN

BIS ZU 100 €*
FÖRDERUNG
PRO
SCHÜLER/IN

STRAßBURG ODER BRÜSSEL – STRESSFREI ERLEBEN!

Eine Klassenfahrt nach Straßburg oder Brüssel klingt spannend, doch die Organisation ist oft aufwendig und zeitintensiv.

Loacker Tours übernimmt die gesamte Planung und ermöglicht eine sichere und unkomplizierte Reise direkt zum Europäischen Parlament. Von einem kurzen Aufenthalt bis hin zu einer intensiveren Reise – egal ob Straßburg oder Brüssel, alles kann flexibel gestaltet werden.

Dank der Förderung vom Land Vorarlberg bleibt die Klassenfahrt für alle Schüler/innen leistbar.

WARUM LOACKER TOURS?

- Einzelzimmer für jede Lehrkraft ohne Zusatzkosten*
- Rundum-sorglos: Wir organisieren Unterkunft, Transport, Programm & Führungen
- Alles vorbereitet: Unterlagen, Infos & Tipps
- Förderungen leicht: Antragstellung Bund und/oder Land Vorarlberg bereiten wir vor
- Zeitersparnis: Kein organisatorischer Aufwand für Sie
- eigener Bus vor Ort: Abholung direkt am Standort
- Sicher & geprüft: Qualitätsgeprüfte Hotels, Busse & Guides
- Erfahrene Betreuung: Langjährige Erfahrung mit Schulreisen
- Sichere Anreise: Moderner Reisebus mit erfahrenerm Chauffeur
- Beste Qualität & 24h-Notfalltelefon

FAKTENCHECK FÖRDERUNG

- pädagogisches Konzept
- Besuch des Europäischen Parlaments während der Plenarwoche (Straßburg)
- Absolvierung eines weiteren EU- bzw. Europa-bezogenen Programmpunktes
- *alle Infos finden Sie auf unserer Website

Sie möchten Ihre Schülerreise nach Straßburg oder Brüssel nach Wunsch planen lassen? Oder haben Fragen? Unsere Expertin für Schülerreisen steht Ihnen zur Seite und erstellt ein individuelles Programm, das genau zu Ihrer Klasse passt



STEFANIE NENNING

+43 (0) 5523 5909 22

stefanie.nennung@loackertours.at

Loacker Tours GmbH

Bundesstr. 17 - A-6842 Koblach

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann besuchen Sie gerne unsere Homepage! Dort finden Sie alles – von „Mix Your Program“ über Programmvorschläge bis hin zu allen wichtigen Informationen.

<https://loackertours.at/reisen/schuelerinnen-erleben-europa>

*nach Verfügbarkeit